Menschenauflauf in Berlin im Mai 1945, als eine junge Frau die „Tägliche Rundschau“ verteilt, eine „Frontzeitung für die deutsche Bevölkerung“.

Wer nun *eine Zeitung herausbringen wollte,* brauchte eine Lizenz der Besatzer. Auch mit Zensur musste man rechnen – selbst im Westen.

Betreutes Schreiben

Von Carmen Eller

Für viele Bewohner des von den Sowjets besetzten Berlins war die „Tägliche Rundschau“ im Sommer 1945 die einzige gedruckte Informationsquelle. Skeptisch und neugierig wurde sie von den Berlinern aufgenommen.

„Es gab kein Telefon, es fuhr noch keine U-Bahn, keine Stadtbahn. Strom gab es erst in wenigen Stadtteilen, Leitungswasser in noch wenigeren, Gas nirgends.“ 1945 durchstreift Rudolf Herrnstadt, der spätere Chefredakteur der „Berliner Zeitung“, Innenbezirke der ehemaligen Hauptstadt. Vorbei an „rauchenden, noch oft in sich zusammenstürzenden Trümmerhaufen“. Seine Mission: der Aufbau einer neuen Zeitung und die Suche nach antifaschistischen Journalisten.

Auf dem Balkon einer halb zerbombten Wohnung wird er fündig. Der Kandidat kocht gerade an einem offenen Feuer Erbsensuppe. Als er von der geplanten Zeitung erfährt, sagt er spontan zu, so schildert es der Autor und Journalist Fritz Erpenbeck. Und Herrnstadts Tochter, die Schriftstellerin Irina Liebmann, schrieb später über diese Zeit, ihr Vater bekam „eine riesige Chance: die erste deutsche Zeitung nach Hitler“.

Mit dem Ende des Kriegs in Europa schlug auch für die Presse die Stunde null. Die Alliierten schlossen Druckereien, lösten Redaktionen auf und verboten vorübergehend die Herausgabe von Zeitungen. Ihr Ziel war eine komplette Neugestaltung der deutschen Presse. So hatten es Briten und Amerikaner bereits im April 1945 in einem „Handbook for the Control of German Information Services“ festgelegt. Die Sowjetunion hatte sogar noch während des Kriegs damit begonnen, Kader für den Aufbau eines neuen deutschen Mediensystems zu schulen.

Den Westalliierten ging es darum, mit den neuen Medien die Bevölkerung für die Demokratie zu gewinnen, sie friedlich in Europa einzubinden. Im Osten hingegen sollte die sozialistische Weltanschauung in die Köpfe getragen werden.

Um möglichst viel Kontrolle über die Presse zu behalten, gaben alle Siegermächte zunächst Heeresgruppenzeitungen selbst heraus. Zentrales Organ der sowjetischen Besatzungszone war die „Tägliche Rundschau“. Sie startete mit einer Auflage von 150 000 Exemplaren, Chefredakteur war ein russischer Offizier, die Nachrichten kamen von einer sowjetischen Nachrichtenagentur. Doch auch antifaschistische Autoren fanden hier wieder eine Plattform, zu den Mitarbeitern zählten Wolfgang Leonhard, der spätere Autor des Buchs „Die Revolution entlässt ihre Kinder“, und der Schriftsteller Stefan Heym, der im Krieg als US-Soldat diente.

Die sowjetischen Besatzer enteigneten die alten Verleger, um den Weg für einen Neuanfang frei zu machen. Die erste Zeitung in deutscher Verantwortung, die „Berliner Zeitung“, gab der Magistrat der Stadt heraus. Herrnstadt, ein jüdischer Kommunist, der 1939 nach Moskau emigriert war, musste die Redaktion unter denkbar ungünstigen Bedingungen aufbauen: Er hatte Fieber, spuckte Blut. Die Redakteure arbeiteten in einem windschiefen Raum, die Fenster mit Pappe vernagelt, Kalk und Mörtel rieselten von der Wand. Fotos wurden in einem Kleiderschrank entwickelt. Von der Setzerei ging es zum Zensor der Besatzungsmacht, von dort wieder zurück in die Setzerei. Am 21. Mai war es dann so weit. Die erste „Berliner Zeitung“ erschien als vierseitiges Blatt mit der Schlagzeile: „Berlin lebt auf“.

Bis 1948 genehmigte die sowjetische Militärverwaltung insgesamt 21 Zeitungen in ihrer Zone. Schlagzeilen aus den ersten Jahren der „Berliner Zeitung“ zeigen, was die Menschen damals umtrieb: „Die Kaffeezuteilung hat begonnen“, „Die erste U-Bahn-Teilstrecke ab heute wieder in Betrieb“, „Neukölln hat wieder Wasser“. Allerdings vergaben die Sowjets Lizenzen nur an politische Parteien, die KPD, später die SED wurden bevorzugt: Sie erhielten mehr vom stets knappen Papier.

Auch im Westen Deutschlands informierten zunächst Heeresgruppenzeitungen die Bevölkerung. Einige von ihnen wurden später in deutsche Hände übergeben. Amerikaner und Briten enteigneten die Altverleger allerdings nicht, häufig wurden die Zeitungen sogar in deren Druckereien gedruckt. Doch eine gezielte Lizenzpolitik sollte zumindest vermeiden, dass sie publizistisch Einfluss nehmen konnten.

Dabei verfolgten die westlichen Besatzungsmächte unterschiedliche Strategien. Die Amerikaner setzten auf den Pluralismus innerhalb jeder Redaktion. Auch deshalb vergaben sie Lizenzen zunächst an Gruppen von Verlegern, erst ab 1948 genehmigten sie Parteiblätter.

Als erste deutsche Zeitung in der US-Zone erhielt Ende Juli 1945 die „Frankfurter Rundschau“ das Okay. Ende September machte der „Tagesspiegel“ der amerikanischen Militärverwaltung der „Berliner Zeitung“ Konkurrenz. Und ab Oktober ging die in München von der amerikanischen Besatzungsbehörde herausgegebene „Neue Zeitung“ an den Start. Es war „eine amerikanische Zeitung für die deutsche Bevölkerung“, wie der Untertitel lautete, mit einer Startauflage von 2,5 Millionen.

Unter der Obhut der britischen Besatzungsmacht erschien die Tageszeitung „Die Welt“ 1946. Die Auflage stieg allmählich auf eine Million.

Sie entwickelte sich zur bedeutendsten Zeitung der unmittelbaren Nachkriegszeit. Ihr Erfolgsrezept waren ein vergleichsweise hohes Niveau und prominente Autoren. Das Kulturressort leitete zeitweise der Schriftsteller Erich Kästner, dessen Bücher die Nazis noch verbrannt hatten. Beiträge stammten etwa von Thomas Mann oder auch Bertolt Brecht. Ein gefragter Arbeitgeber war die „Neue Zeitung“ nicht zuletzt durch ihre Redaktionskantine: In einer Zeit des Mangels verspeisten Besiegte mit Besatzern dort deftige Suppen, Corned Beef und Doughnuts.

Die Briten hingegen wählten einen anderen Weg als die Amerikaner: Sie lizenzierten zunächst parteinahe und erst später auch überparteiliche Publikationen. Vergleichbar mit der „Neuen Zeitung“ war in der britischen Zone „Die Welt“. Sie sollte

der Prototyp einer deutschen Zeitung sein, nach dem Vorbild der englischen „Times“: unparteilich und überregional, mit einer klaren Trennung von Nachricht und Kommentar. Die erste Ausgabe erschien Anfang April 1946 in Hamburg mit einer Auflage von 160 000 Exemplaren. Chefredakteur wurde der ehemalige Widerstandskämpfer und Sozialist Rudolf Küstermeier, der 1945 aus dem Konzentrationslager Bergen-Belsen befreit worden war.

Stetig wuchs die Zahl der Zeitungen und Zeitschriften. Bis Ende 1948 entstanden allein in der amerikanischen Zone 56 deutsche Zeitungen und mehr als 500 deutsche Zeitschriften. Doch jede Gründung stand unter der Aufsicht der Alliierten. Anfangs kontrollierten sie die Presse vor allem über die Vorzensur, später über die Personalpolitik. Eine eigenständige Presse trauten sie den Deutschen noch nicht zu. In seinen Erinnerungen beklagte der amerikanische Militärgouverneur General Lucius D. Clay die „deutsche Unfähigkeit, demokratische Freiheit wirklich zu erfassen“.

Die wachsenden Spannungen zwischen den Siegermächten wirkten in die Redaktionen hinein. Das bekam auch Chefredakteur Herrnstadt bei der „Berliner Zeitung“ zu spüren. Die zunehmende Instrumentalisierung der Presse bereitete selbst kommunistischen Journalisten wie ihm Probleme. Herrnstadt habe das offizielle Schweigen über die Barbarei der Roten Armee gebrochen, berichtet seine Tochter Liebmann. Und er habe auch von „Russen“ gesprochen, nicht von „Sowjetsoldaten“, wie die offizielle Sprachregelung im Osten lautete. Sein Bluthusten hielt an, sein Gesundheitszustand verschlechterte sich rapide.

Mit der Berlin-Blockade 1948/49 spitzten sich die Konflikte gefährlich zu. Die deutschen Journalisten im Osten gerieten zunehmend unter Druck. In der Presse begann „das große Kofferpacken“, wie es Liebmann ausdrückt. Die meisten Mitarbeiter, die sich Herrnstadt für die „Berliner Zeitung“ geholt hatte, gingen in den Westen.

Die Presseorgane der Besatzungsmächte, vor allem die Berliner Lizenzpresse, dienten nun beiden Seiten als Sprachrohre. „Ein dicker Nebel von Propaganda liegt über diesen Jahren“, schreibt Herrnstadts Tochter: „Propaganda in Ost, Propaganda in West, und mein Vater ist einer derjenigen, die ihr Schwert in der ersten Reihe schlagen, verknotet in fremde Arme und Beine.“

Symptomatisch für das Klima dieser Zeit war die Einstellung der in Ostberlin erscheinenden kulturpolitischen Zeitschrift „Ost und West“ Ende 1949, die sich von Anfang an um Neutralität bemüht hatte. Alfred Kantorowicz, ein deutscher Jurist, Schriftsteller, Publizist und Literaturwissenschaftler jüdischer Herkunft, gab sie heraus. 1946 war er aus der Emigration aus den USA nach Deutschland zurückgekehrt. In seinem Antrag für die Lizenz hatte er geschrieben: „Deutschland in seiner gegenwärtigen Situation kann weder die amerikanische Lebensform noch die Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion schematisch adoptieren.“ Vielmehr sei das Land eine mögliche „Brücke zwischen den Mächten“. Eine solche Haltung sorgte in einer Zeit, in der die Presse zwischen die Fronten des Kalten Kriegs geriet, für Ärger.

Weil es kaum unbelastetes Personal gab, stiegen auch ehemalige Nazis in den Zeitungen auf.

Auch im freien Westen stieg der Druck auf die Redaktionen. Sanktionen gab es etwa für die erstmals im August 1946 in München erschienene linke Zeitschrift „Der Ruf“. Im April 1947 wurde die Nummer 17 nicht genehmigt. Die Herausgeber Alfred Andersch und Hans Werner Richter mussten ihre Posten verlassen. Schon in der ersten Nummer hatte Andersch über die Jugend im „zerstörten Ameisenberg Europa“ geschrieben, sie vertrete „wirtschaftliche Gerechtigkeit“ und wisse, „dass diese sich nur im Sozialismus verwirklichen lässt“ – Wörter, die die Amerikaner nun nicht mehr gedruckt sehen wollten.

Doch Abmahnungen und Verbote richteten sich nicht nur gegen linksgerichtete und kommunistische Blätter. Der SPIEGEL geriet mit einem kritischen Bericht über das niederländische Königshaus vom 28. August 1948 in die Schusslinie; eine Ausgabe des Nachrichten-Magazins durfte nicht erscheinen. Selbst die Redaktion der „Neuen Zeitung“ kollidierte mit Beginn des Kalten Kriegs aufgrund ihrer vergleichsweise undogmatischen Haltung mit der offiziellen Pressepolitik der Amerikaner. Weil die Zeitung nach der Währungsreform nur noch Organ der Militärregierung sein sollte, kündigten am 31. März 1949 gleich sieben Redakteure.

Die Pressepolitik der Alliierten im Westen war in sich widersprüchlich: Freier Journalismus sollte sich durch beaufsichtigtes, betreutes Schreiben entwickeln. Und auch der ursprüngliche hehre Plan, alle Verleger und Journalisten aus dem Nationalsozialismus aus den neuen Zeitungen herauszuhalten, einen kompletten Neuanfang zu machen, scheiterte im Westen. Weil es an unbelastetem Personal fehlte, wurden vielerorts doch Redakteure eingestellt, die bereits im Nationalsozialismus tätig gewesen waren, auch im SPIEGEL. Und selbst im Osten stiegen vereinzelt ehemalige Nazis in den Zeitungen auf.

Die Presse in der Ostzone blieb von oben gesteuert, auch als die Besatzungszeit zu Ende ging und die DDR gegründet war. Rudolf Herrnstadt, der Chefredakteur der „Berliner Zeitung“, übernahm 1949 das „Neue Deutschland“, das sich als Zentralorgan der SED zu einem der wichtigsten Propagandawerkzeuge entwickelte. Strikt folgte er dem von Moskau vorgegebenen Kurs, wurde aber 1954 nach Konflikten mit Walter Ulbricht aus der SED ausgeschlossen und geriet in Vergessenheit.

Im Westen galt nach der Gründung der Bundesrepublik eine „Generallizenz“, jeder konnte nun Zeitungen und Zeitschriften gründen. Viele regionale und überregionale Lizenzblätter der Besatzungszeit aber hielten sich erfolgreich bis heute, darunter die „Zeit“, die „Süddeutsche Zeitung“, die „Aachener Nachrichten“ und auch der SPIEGEL. ■